

Solidarität mit den streikenden studentischen Beschäftigten in Berlin!

Antragssteller*innen: *Campusgrüne, Juso-Hochschulgruppe, SDS*

Antragstext:

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt spricht seine Solidarität mit den streikenden studentischen Beschäftigten in Berlin aus und unterstützt ihre Forderungen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen um den Tarifvertrag für beschäftigte Student*innen der Berliner Hochschulen (TV Stud Berlin) am 11.12.2017 gingen rund 1000 Beschäftigte vom 23. bis 25. Januar 2018 zum Warnstreik auf die Straße.

Da es bisher noch zu keinem besseren Angebot von Seiten der Hochschulen kam, werden sie bei den andauernden Streiks weiter Druck machen müssen, um die Forderungen nach Erhöhung des Stundenlohns auf 14 Euro und der dynamischen Anpassung des Lohns an die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Während an der TU Darmstadt im Februar dieses Jahres eine Erhöhung der Stundensätze für HiWi-Tätigkeiten beschlossen wurde, fand die letzte Lohnerhöhung in Berlin vor 17 Jahren statt. Seit dem beträgt die einheitliche Stundenvergütung für studentische Hilfskräfte in Berlin 10,98 € (TV Stud II, 2013 [1986; 2001]).

Die Arbeit der studierenden Hilfskräfte in der Lehre, der Forschung und in den Serviceeinrichtungen der Hochschule wird weder monetär noch menschlich gewürdigt, für selbstverständlich erachtet und damit unsichtbar gemacht – und das, obwohl beschäftigte Student*innen unverzichtbare Arbeiten leisten. Sie sind beispielsweise als Tutor*innen, Leiter*innen von (naturwissenschaftlichen) Praktika und Übungen tätig, unterstützen Professor*innen bei der Organisation und Durchführung von Lehrveranstaltungen und vieles mehr. In Bibliotheken, Forschungszentren und auch in Teilen der Verwaltung übernehmen studentische Hilfskräfte einen großen Teil der Aufgaben und halten den Hochschulbetrieb am Laufen.

Obwohl viele beschäftigte Student*innen nicht selten von den Hilfskraftjobs an der Universität leben und sich teilweise sogar durch mehrere Hilfskraftstellen das gesamte Studium finanzieren müssen, werden die Stellen von studentischen Beschäftigten häufig nicht als Arbeitnehmer*innenverhältnis, sondern nur als billige Aushilfskraft verstanden und sind somit auch rechtlich deutlich schlechter abgesichert und gestützt. Sonnenklar ist dennoch, dass gute Arbeitsbedingungen elementar für gute Lehre und ein gutes Studium sind und die Prozesse der Berliner Streiks nur mehr die notwendige Kehrtwende der Personalpolitik im Wissenschaftsbereich virulent werden lassen.

Berlin ist alarmierenderweise aktuell das einzige Bundesland mit einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Hilfskräfte an der TU Darmstadt sowie an allen hessischen Universitäten und in anderen Bundesländern erstreiten Lohnerhöhungen nur durch Senatsanträge, denn für Lohnsteigerungen sind Student*innenvertretungen auf das Wohlwollen der Hochschulpräsidenten und Senator*innen angewiesen, welche die Löhne einseitig und von Hochschule zu Hochschule höchst unterschiedlich festlegen. Aktuell liegen die Stundenlöhne für studentische Hilfskräfte an hessischen Hochschulen zwischen 8,84 € und 11,60 € (GEW Studis, Hochschulzeitung, 12/2017). Damit liegt die TU Darmstadt

nach den neusten Lohnsteigerungen mit 10,00€/h und 11,75€/h im hessenweiten Vergleich im oberen Bereich der Stundenlöhne, allerdings hört unser Kampf an dieser Stelle noch lange nicht auf. Auch in Zukunft setzen wir für bessere Arbeitsverhältnisse und Lohnsteigerungen an der TU Darmstadt ein. Ebenso ist der Wille, einen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten an der TU Darmstadt sowie in ganz Hessen zu erstreiten, ungebrochen.

Ein guter Abschluss des Tarifvertrags würde auch die Verhandlungsposition von studentischen Beschäftigten in anderen Bundesländern stärken! Wir fordern daher die Leitungen der Berliner Hochschulen auf, ihre Blockadehaltung zu lösen und den Forderungen der studentischen Hilfskräfte nachzukommen. Den Kolleg*innen und Kommiliton*innen in Berlin wünschen wir viel Kraft sowie Durchhaltevermögen und bedanken uns für den Einsatz für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle studentischen Beschäftigten bundesweit!

Aufs Allerschärfste verurteilen wir die von den Präsidien systematisch eingesetzte Präsenz von der Polizei auf dem Campus, die Zweckmittel zur Einschüchterung ist. Bereits früh in den ersten Streikwochen hat es seitens der Hochschulleitungen Einschüchterungsversuche gegenüber der Streikenden und Erklärungen der Rechtswidrigkeit des Streiks gegeben. Die Kontinuität und Zunahme von Polizeipräsenz an den deutschen Hochschulen – auch hier in Hessen – ist alarmierend, da so basisdemokratische Partizipationsmechanismen und erkämpfte Räume bedroht werden.

Begründung:

im Antragstext enthalten